

# Windkraft-Pläne stoßen auf Protest

SPD-Stadtverordneter gegen Windräder auf den Lahnbergen · MBL und CDU fordern Windpotenzialstudie

Der rot-grüne Koalitionsvertrag ist noch nicht fertig, schon kommt erster Protest aus den Reihen der SPD. Die Oppositionsfraktionen äußern sich unterschiedlich zu den Windkraftplänen von SPD und Grüne.

**Fortsetzung von Seite 1**  
von Anna Ntemiris

**Marburg.** Nachdem SPD und Grüne erklärten, sich auf den Ausbau von Windkraftanlagen mit insgesamt zwölf weiteren Windrädern in Marburg geeinigt zu haben, gibt es die ersten Proteste – aus den eigenen Reihen. Der Ginseldorfer Ortsvorsteher und SPD-Stadtverordnete Dr. Horst Wiegand lehnt die Lahnberge als Standort für Windräder ab. Wie die OP berichtete, sind mehrere Standorte im Gespräch – die Lahnberge, Stadtwald oder Dilschhausen zum Beispiel.

## Bürgerinitiative in Ginseldorf geplant

Wiegand kündigte an, gemeinsam mit Ginseldorfern – darunter weiteren Genossen – im August eine Bürgerinitiative zu gründen, „die mit allen Mitteln versuchen wird die Planungen von Windenergieanlagen auf den Lahnbergen und die Ausweisung als Windvorrangfläche zu verhindern“. Sollte diese Koalitionsvereinbarung so den SPD-Gremien vorgestellt und zur Abstimmung gestellt werden, werde er in jedem Fall da-

gegen stimmen. „Es drängt sich mir der Eindruck auf, dass in den Koalitionsverhandlungen nur die SPD den Grünen entgegen gekommen ist. Eine schlechte Voraussetzung für eine gedeihliche Zusammenarbeit in den nächsten fünf Jahren.“ Wiegand betonte, er sei nicht generell gegen Windkraft, sondern er halte den Standort auf den Lahnbergen für ungeeignet.

Er erinnerte: „Alle in irgendeiner Weise Betroffenen haben sich gegen das geplante Projekt ausgesprochen“. Damit meint er unter anderem den Ortsbeirat Ginseldorf, aber auch den Eigentümer der Waldflächen auf den Lahnbergen, Hessen-Forst in Kirchhain. Der stellvertretende Forstamtsleiter Andreas Sommer bestätigte der OP, dass der Waldeigentümer gegen Windkraft auf den nördlichen Lahnbergen sei.

## CDU und MBL: SPD hat „Sinneswandel“

Auf unterschiedliche Reaktionen stieß bei der Opposition die Ankündigung von Rot-Grün zwölf weitere Windräder in Marburg zu bauen.

Dr. Hermann Uchtmann (MBL) fordert eine aktuelle Windpotenzialstudie. „Man sollte schauen, wo es sinnvoll ist, Windräder aufzustellen. Die Windräder in Wehrda bringen ja bisher nichts“. Uchtmann fragt sich, wer die Anlagen betreiben sollte. „Man kann den Stadtwerken wohl nicht auferlegen, unrentable Windräder zu betreiben“. Die MBL werde überlegen, ob sie eine Unterschriften-Aktion für eine Volksbefragung zu diesem Thema initie-

ren werde. „Erstauslich finde ich aber den Sinneswandel der SPD“, sagte er. Sie sei doch vor einem Jahr noch gegen Windkraftanlagen auf den Lahnbergen gewesen, so Uchtmann.

Ähnlich äußerte sich auch CDU-Fraktionschef Philipp Stompfe: „Es ist schon bemerkenswert, dass die SPD im Wahlkampf neue Windkraftanlagen in Marburg abgelehnt hat und sich jetzt nach der Wahl auf zwölf neue Windräder verständigt hat“. Bevor man sich über zusätzliche Standorte für neue Windkraftanlagen unterhalte, brauche man erst einmal eine dezidierte Windpotenzialstudie, „damit wir erst einmal wissen, ob und wo neue Windkraftanlagen in Marburg ökonomisch und ökologisch Sinn machen“, so Stompfe.

Henning Köster (Marburger Linke) findet die Aussagen von Rot-Grün zu vage: „So eine peinliche Vorstellung habe ich selten gesehen. Koalitionsverhandlungen als Endlosschleife und Staatsgeheimnis.“

„SPD und Grüne flüchten sich jetzt ins Sommerloch, werfen im Weglaufen noch ein paar Nebelkerzen, in denen vage Umrisse erkennbar sind, die wir jetzt kommentieren sollen“. Grundsätzlich sei die Linke für den Ausbau von Windkraft. Er sehe hierfür von Rot-Grün aber keinen Zeitplan.

Andrea Suntheim-Pichler von den Bürgern für Marburg (BfM) sagte: „Keiner kann sich heute mehr gegen erneuerbare Energien und somit Windenergie stellen. Windräder auf den Lahnbergen halte ich optisch und mit den damit verbundenen Nachteilen nach wie vor für



Ein Windrad bei Wehrda. Dort gibt es insgesamt drei. Wo in Marburg zwölf weitere gebaut werden sollen, ist offen. Foto: Richter

kritisch. Die Standorte müssen sinnvoll gewählt werden, auf ideologische Symbolhaftigkeit muss seitens der Grünen und der SPD verzichtet werden.“ Eine Lösung könnten Bürger-Be-

teiligungs-Konzepte sein, um die Akzeptanz für Windenergie zu stärken, schlägt sie vor.

FDP und „Pirat“ waren für eine Stellungnahme am Mittwoch telefonisch nicht erreichbar.

Fenster schließen

Ausschnitt drucken